

Haushaltsrede der Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS - Es gilt das gesprochene Wort -

„Frau Oberbürgermeisterin, Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren Stadträte!

Auch in diesem Jahr standen die Beratungen zum Haushalt unter keinem besonders guten Stern. Denn im nunmehr vierten Jahr in Folge ist die Stadt Halle nicht in der Lage einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Bevor ich auf einzelne Punkte des Haushaltes eingehe, möchte ich jedoch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei und den Haushältern der einzelnen Geschäftsbereiche für Ihre Arbeit danken. Wie in jedem Jahr ist die Aufstellung des Haushaltes für alle Beteiligten mit besonderen Anstrengungen verbunden gewesen. Dankbar sollte man insbesondere den Mitarbeitern sein, die trotz der schwierigen Lage, der Stadt Halle nicht den Rücken kehren und schon seit Jahren mit uns zusammenarbeiten.

Ganz im Gegenteil dazu hat es den Beigeordneten für Finanzen nicht mehr in Halle gehalten. Er hat den Bettel hingeworfen, die Stadt verlassen und mit der Beratung des Haushaltes, auch dank der Vertagung, nichts mehr zu tun. Ich habe bei der Vorberatung zur letzten Ratssitzung bei Herrn Funke ein zufriedenes Lächeln gesehen, als wir die Abschlussberatung des Haushaltes auf den heutigen Dienstag vertagt haben. Alles in allem ein Ereignis, weil es genau in die Zeit der Beratung des Haushaltes fiel, was hier nicht unkommentiert bleiben darf.

Bleibt die Frage nach der Motivation für einen solchen Schritt. Es ist aus meiner Sicht schon seltsam, wenn einem politisch gewählten Beamten auf Zeit, im Bereich der Oberbürgermeisterin ein Konsolidierungsbeauftragter vorgesetzt wird und die Finanzen quasi aus zwei Führerhäuschen gesteuert werden sollen. Hinzu kommt dann noch das ein oder andere externe Gutachten, hinter dem die Führung versucht sich zu verstecken. Unter solchen Bedingungen ist es dann eben nicht mehr erkennbar in welche Richtung es gehen soll.

Meine Damen und Herren !

Die Verantwortung für den Haushalt und die Entwicklung von Konzepten zur Sanierung desselben ist aus meiner Sicht die Aufgabe eines Beigeordneten. Dafür erhält er ein politisches Mandat. Genau dafür, in Kenntnis der angespannten Situation, wurde auch Herr Funke gewählt. Und genau an dieser Stelle ist für jeden erkennbar die Personalpolitik der Oberbürgermeisterin gescheitert. Ich erinnere an das Hickhack im Jahr 2001 bei der Suche und Besetzung des Finanzressorts und an das Problem um den Genossen Tepasse. Hauptsache war das SPD-Parteibuch. Ergebnis ist Fahnenflucht des einen und das Weiterbezahlen des anderen fürs Nichtstun.

Meine Damen und Herren!

Bei der Diskussion des für den heute in der 2. Lesung vorliegenden Haushaltsplanes macht es, angesichts des in Aussicht genommenen Fehlbetrages von 54,8 Mio. € allein in diesem Haushaltsjahr, keinen Sinn, wie in den letzten Jahren praktiziert, durch Umschichtungen von Haushaltsstelle A nach Haushaltsstelle B Wohltaten zu verteilen, für die einfach kein Geld da ist.

Entscheidend für das Abstimmungsverhalten am heutigen Tag, aber auch für die Genehmigung des Haushaltes durch die Kommunalaufsicht, sind letztlich 2 Blätter aus dem Haushaltskonsolidierungskonzept, nämlich:

1. die Beseitigung des strukturellen Defizits und
2. der Abbau der bis zum Jahr 2012 auflaufenden Schulden in Höhe der prognostizierten 350 Mio. €.

Ich will an dieser Stelle nicht in Abrede stellen, dass es in vielen Bereichen durch die Konsolidierungsbemühungen der letzten Jahre gelungen ist, Teile des strukturellen Defizits in den Griff zu bekommen. Es ist löblich, wenn es z.B. gelingt, die Personalkosten, die ja einen beträchtlichen Teil des Verwaltungshaushaltes ausmachen, um 2,4 % im Vergleich zum Vorjahr zu senken. Allerdings werden wir angesichts zu erwartender Tarifsteigerungen mit diesen Schrittlchen, bei langfristiger Betrachtung, auf keinen grünen Zweig kommen.

Allein bei der Vorstellung eines in einigen Jahren auslaufenden Solidarpaktes und der damit verbundenen Mindereinnahmen für die neuen Länder, wird es einem schon jetzt schwindelig bei dem Gedanken, was noch auf uns zukommt. Wenn ich mir zudem vor Augen führe, welche Entscheidungen der Stadtverwaltung und welche Auswirkungen von Bundes- und Landespolitik in diesem Bereich wirken, muss ich feststellen: Entscheidende Einsparpotentiale, die in vielen Tabellen der Verwaltung auch immer nett dargestellt sind, wurden uns verordnet!

Als bestes Beispiel fällt mir da das Kinderförderungsgesetz des Landes ein. Frau Häußler, wenn es dieses Gesetz nicht gäbe, würde doch heute noch alles so laufen wie in den Jahren davor. Ein spürbarer Personalabbau wurde erst mit diesem Gesetz möglich, denn durch die erfolgten Kündigungen im Jahr 2003 werden erhebliche Personalkostensenkungen im Jahr 2005 haushaltswirksam. Da können wir auch froh sein, dass der Volksentscheid zu Beginn dieses Jahres so günstig ausgefallen ist. Hätten die Befürworter des Entwurfes der Volksinitiative, die ja vor allem in den Reihen von PDS aber auch vereinzelt in der SPD sitzen, obsiegt, hätten wir uns auf Mehrausgaben von ca. 2 Mio. € zusätzlich im Verwaltungshaushalt einrichten müssen. Aber Frau Häußler, ich will nicht meckern, Sie haben ja inzwischen nach fast 10 Jahren auch einen alten FDP-Antrag umgesetzt: die Gründung eines Eigenbetriebes für Kindertagesstätten. Mit der Festlegung des ZGM als Gebäudedienstleister für diesen Eigenbetrieb, hat sich der Stadtrat allerdings die Chance verbaut, diese Leistungen auszuschreiben und zu günstigeren Bedingungen einzukaufen. Ein Haushaltsrisiko mehr für die nächsten Jahre.

Meine Damen und Herren !

Entscheidend für die Sanierung des Haushaltes ist neben dem kritischen Blick auf die Ausgaben auch ein Blick in den Bereich der Einnahmen. Unsere Fraktion kennt nämlich den wirtschaftlichen Zusammenhang zwischen der Einnahmesituation des Haushaltes und dem Erfolg der regionalen Wirtschaft. An dieser Stelle stellt sich für uns die Frage nach der Zukunft der Wirtschaftsförderung. Es ist positiv für die Stadt Halle, dass wir in den letzten Monaten namhafte Ansiedlungen, wie z.B. die Neckermann Bio-Dieselanlage im Bereich des Hafens, die Computerfirma DELL oder die Versandapotheke „Zur Rose“, verzeichnen konnten. Nur durch solche Maßnahmen kann es in Zukunft gelingen, unseren Haushalt - auch durch eigene Einnahmeverbesserungen - wieder in ein besseres Licht zu rücken. Denn dass, was wir im Haushalt letztendlich ausgeben wollen, müssen wir erst einmal einnehmen - durch Arbeitsplätze - durch Unternehmen die hier ihre Steuern zahlen wollen und können. Und dass es Regionen in Sachsen-Anhalt gibt, die von wirtschaftlicher Entwicklung profitieren, liegt unter anderem auch an den dort handelnden Personen und an den dort verfolgten Konzepten. Wenn man sich ansieht, die Regionen, die Gemeinden die vor 10 Jahren gesagt haben, wir verzichten lieber auf die eine oder andere höhere Einnahme im Bereich der Gewerbesteuern und bewahren uns einen niedrigen Gewerbesteuersatz, sind die diejenigen, die heute davon profitieren. Das sind die Standorte, bei denen sich im Gesamtzusammenhang aller Standortfaktoren, erfolgreiche Unternehmen langfristig ansiedeln. Wir haben als FDP vor Jahren schon entsprechende Anträge gestellt, welche jedoch von der Mehrheit des Rates abgelehnt wurden. Nun ist der Haushalt bedauerlicherweise in einem Zustand, indem wir uns solche Anträge, angesichts der Einnahmeschwäche der Stadt und der drohenden Genehmigungsverweigerung durch die Kommunalaufsicht, nicht mehr leisten können. Hätten wir vor Jahren einen Schritt in Richtung niedrigerer Gewerbesteuern gemacht, hätten wir die eine oder andere Ansiedlung mehr. Das hätte unsere eigene Steuerkraft zunehmend gestärkt.

Meine Damen und Herren,
ein entscheidender Punkt, auch für das Abstimmungsverhalten der einzelnen Fraktionen, sind die Vorschläge des Beteiligungsmanagements zum Ausgleich des kumulierten Haushaltsdefizits. Allerdings handelt es sich bei den nun vorliegenden Vorschlägen weniger um die des Beteiligungsmanagements, sondern eher um die des Stadtrates und der interfraktionellen Arbeitsgruppe, die nach der Vertagung in der letzten Ratssitzung überhaupt erst mal das unmittelbare Gespräch mit den städtischen Unternehmen gesucht hatte. Da muss ich dem Kollegen Dr. Meerheim eindeutig zustimmen, dass hier eine bessere Kommunikation zwischen Stadtverwaltung, BMA und den städtischen Unternehmen, vermutlich zu anderen Vorschlägen als den ursprünglich von der BMA vorgelegten, geführt hätte. Ein solches Verfahren wäre auch für die Stadträte transparenter gewesen und wir hätten uns diesen zeitlichen Druck ersparen können. Denn durch das praktizierte Verfahren hatte das ehrenamtliche Mitglied des Stadtrates kaum die Möglichkeit, alle Vorschläge zu prüfen und bezogen auf jedes einzelne Unternehmen nachzuvollziehen, welche Auswirkungen sich tatsächlich dahinter verbergen. Ich will es an dieser Stelle nicht versäumen, auf den einen oder anderen Punkt des Konzeptes der BMA einzugehen.

An erster Stelle sei hier genannt: die Umwandlung des Psychiatrischen Krankenhauses in eine Kapitalgesellschaft. Das ist ja inzwischen auch eine Art unendliche Geschichte. Vor Jahren hatte die damalige FDP-Fraktion den Antrag gestellt, das psychiatrische Krankenhaus zu verkaufen. Das wurde unter großem, ideologisch begleitetem Getöse vom Stadtrat abgelehnt. Einige Zeit später, es war das Jahr 2003, haben wir Überlegungen angestellt, das Psychiatrische Krankenhaus in eine Kapitalgesellschaft umzuwandeln. Denn durch die Rechtsform des Eigenbetriebes war es für die Stadt Halle nicht möglich, von der guten Einnahmesituation zu partizipieren. Erwirtschaftete Gewinne wurden ausschließlich in die Rücklagen eingestellt. Mit unserem Vorschlag verbanden wir damals die Hoffnung, von Ausschüttungen zu profitieren oder bestimmte kommunale Aufgaben der Stadtverwaltung durch das Psychiatrische Krankenhaus erledigen zu lassen. Auch das wurde damals auch von Frau Szabados und ihren Anhängern im Stadtrat mit dem gleichen ideologischen Getöse wie zuvor abgelehnt. Damals, mit zwei Stadträten, fehlte uns halt einfach die Mehrheit etwas umzusetzen. Heute steht es hier an erster Stelle der BMA-Liste und es wird letztendlich das gemacht, was man schon vor Jahren hätte machen können. Nur haben uns diesmal die Zeit und die Umstände dazu getrieben und nicht eine wirklich im Rat durchdiskutierte Überlegung. Da ist dann der Änderungsantrag des Eigenbetriebsausschusses, aus der Perspektive des ehrenamtlichen Stadtrates ein Schuss aus der Hüfte, denn inhaltlich auseinandergesetzt hat sich mit dieser Thematik kaum einer der anwesenden Stadträte.

Unstrittig ist aus unserer Perspektive und da sind wir uns mit allen Fraktionen einig, der Verkauf der städtischen Anteile am Krankenhaus Martha-Maria. Interessant ist allerdings auch hier der Sinneswandel bei einigen Ratsfraktionen. Ich erinnere nur an die Proteste, als das Krankenhaus in Dölau vor Jahren teilprivatisiert wurde.

Für unsere Fraktion von besonderem Interesse ist die im Punkt 5 in Aussicht gestellte Einbindung eines strategischen Partners durch Anteilsverkäufe in die HAVAG. Allerdings sehen wir auf diesem Gebiet noch einigen Diskussionsbedarf. Insbesondere ist zu klären, welche Auswirkungen die durch die HAVAG getätigten Cross-Border-Leasing-Geschäfte auf die Einbindung eines strategischen Partners haben. An dieser Stelle teilen wir auch die von den Gewerkschaften vorgebrachten Bedenken. Vom Grundsatz her würden wir aber die Einbindung eines, möglicherweise auch überregional agierenden, strategischen Partners begrüßen.

Meine Damen und Herren !

Wir können an dieser Stelle sicherlich den einen oder anderen Bereich des Haushaltes noch intensiver beleuchten und diskutieren. Aber wenn es künftig gelingen soll, das strukturelle Defizit zu senken bzw. zu beseitigen, dann kommt man nicht umhin, sich über die Erledigung der Aufgaben des eigenen Wirkungskreises Gedanken zu machen. Vor diesem Hintergrund haben wir mit unserer Fraktion den Antrag eingebracht, die Beschlussvorlage zum Haushaltsplan um einen Punkt 5 zu erweitern. Wir müssen auch als Stadtrat bereit sein, zu überprüfen, ob die freiwilli-

gen- und die Pflichtaufgaben in dem Umfang und unter den aktuellen Standards noch finanzierbar sind. Sind sie es nicht, muss man Sie nötigenfalls streichen. Eine entsprechende Bereitschaft dazu habe ich im Stadtrat bisher kaum ausgemacht. Denn solange wir zum Beispiel im Sozialbereich bereit sind, höhere Standards als Gemeinden und Landkreise im restlichen Sachsen-Anhalt zu finanzieren - ich erinnere an den Halle-Pass - haben wir doch eigentlich kein Haushaltsproblem. Den Menschen im restlichen Sachsen-Anhalt, die infolge ihrer persönlichen Lebenssituation von staatlichen Sozialleistungen abhängig sind, geht es auch ohne vergleichbare Leistungen nicht schlechter als denen in Halle.

Meine Damen und Herren!

Die Beschlussfassung des Haushaltes, es ist heute an dieser Stelle schon gesagt worden, ist immer ein Höhepunkt in der Arbeit des Stadtrates. Legen wir doch mit dem Haushalt die Grundlage für alle weiteren Beschlüsse und Maßnahmen die wir übers Jahr in diesem hohen Hause treffen. Denn alles steht unter dem Vorbehalt der Finanzierung über den Haushalt. Ohne einen genehmigten Haushalt wären wir als Stadtrat handlungsunfähig. Wir haben es uns in unserer Fraktion hinsichtlich des Abstimmungsverhaltens nicht einfach gemacht. Es gibt angesichts eines derart defizitären Haushaltes, wie ihn die Oberbürgermeisterin vorgelegt hat, gute Gründe ihn aus politischen Erwägungen abzulehnen.

Aber meine Damen und Herren, wenn man diese guten Gründe, die gegen eine Zustimmung zum Haushalt sprechen, denen die dafür sprechen gegenüberstellt, muss man sich fragen, ob eine Ablehnung des Haushaltes, also die Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung, tatsächlich zu verantworten ist.

Bei der Beantwortung dieser Frage ist letztendlich jedes Ratsmitglied seinem Gewissen, seinem eigenen Abwägungsprozess unterworfen. Aus unserer Fraktion wird es, in Abhängigkeit der vor uns stehenden Beratungen, mehrheitlich eine Zustimmung zum Haushalt geben. Wir verbinden damit auch die Hoffnung, dass die Kommunalaufsicht den Haushalt in seinen Grundzügen bestätigt. Im anderen Fall muss man die Arbeit der Oberbürgermeisterin und der gesamten Verwaltungsspitze als gescheitert ansehen.

Für mich, ganz persönlich, ist es wichtig, dass mit dem Haushalt und der Freigabe der entsprechenden Finanzmittel der Abriss der Landesheilanstalt ausgeschrieben werden kann. Denn im Bereich des TGZ III muss es voran gehen! Dort entstehen die für unsere Stadt so wichtigen Arbeitsplätze und Forschungseinrichtungen.

Unsere Aufgabe im Stadtrat ist es, Investitionen in Zukunftstechnologien zu fördern und nicht zu behindern. Wie ich es bereits an anderer Stelle sagte: Die Einnahmen unseres Haushaltes werden sich nur durch wirtschaftliche Unternehmen wieder verbessern, die sich in Halle niederlassen, hier Arbeitsplätze schaffen und hier ihre Steuern zahlen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“